

Antragsnr.	Thema / Antragsteller / Beschluss	Seite
G	Allgemein	
G 001	Klimaschutz Gewerkschaftsrat Angenommen	2
G 002	Klimawandel Landesbezirkskonferenz Berlin/Brandenburg Angenommen als Arbeitsmaterial zu Antrag G 001	4
G 003	Die Klimakatastrophe abwenden! Für wirksamen Klimaschutz! Keine Verlängerung der Laufzeit von Kohle- oder Atomkraftwerke – und erst recht keine neuen! Landesbezirkskonferenz Baden-Württemberg Angenommen als Arbeitsmaterial zu Antrag G 001	5
G 004	Ausstieg aus der Nutzung von Atomenergie Landesbezirkskonferenz Berlin/Brandenburg Angenommen	6
G 005	Ausstieg aus der Nutzung von Atomenergie Bundesfachbereichskonferenz 7 Angenommen als Arbeitsmaterial zu Antrag G 004	6
G 006	ver.di hält am Atomausstieg fest Landesbezirkskonferenz Niedersachsen-Bremen Angenommen als Arbeitsmaterial zu Antrag G 004	6
G 007	Klimakonferenz Bezirkskonferenz Berlin Angenommen	7

Klimaschutz

Die aktuellen Berichte des Weltklimarates der Vereinten Nationen (IPCC) vom Februar und April 2007 haben erneut deutlich gemacht, dass die Erwärmung der Erde durch vom Menschen verursachte Klimagase sich ohne entschiedene, global abgestimmte Gegenmaßnahmen in Zukunft beschleunigt fortsetzen wird und dass dies eine existenzielle Bedrohung für viele Millionen Menschen insbesondere in den wenig entwickelten Ländern bedeuten würde. Die Folgekosten eines ungebremsten Klimawandels wären für die Weltgemeinschaft um ein Vielfaches höher als die Kosten jetzt einzuleitender Gegenmaßnahmen. ver.di setzt sich entschieden dafür ein, dass auf den jeweiligen politischen Ebenen ohne Zeitverzug geeignete und möglichst langfristig verlässliche Maßnahmen entschieden und umgesetzt werden. Dabei muss die Politik den ökologischen Strukturwandel sozialverträglich fördern. Der Umbau der Wirtschafts- und Verbrauchsweise hin zu einer größeren ökologischen Verträglichkeit muss als Chance gerade für die deutsche Volkswirtschaft für die Sicherung von Arbeitsplätzen und die Erschließung zukunftsfähiger Beschäftigungsfelder verstanden werden.

Damit die vom Menschen verursachte Erderwärmung langfristig auf durchschnittlich zwei Grad begrenzt werden kann, müssen die globalen Emissionen der Klimagase bis 2050 um die Hälfte des heutigen Wertes abgesenkt werden. Dies erfordert besondere Reduktionsanstrengungen der Industriestaaten, die heute pro Kopf der Bevölkerung weit mehr Klimagase emittieren als die Schwellen- oder Entwicklungsländer. In diesem Zusammenhang bekräftigt ver.di ihre Beschlussfassung von 2003.

ver.di unterstützt die Europäische Union in ihrem Bestreben, hier Vorreiter zu sein und fordert sie zu weiteren mutigen Schritten auf. Der Schlüssel zur wirksamen Verminderung der Treibhausgase besteht in der Nutzung von Einsparpotenzialen, in der Steigerung der Effizienz der Energieumwandlung, in der Erzeugung, der Verteilung und beim Endverbrauch in den Bereichen Strom, Wärme und Transport. Eine hierauf ausgerichtete ökologische Energie-, Verkehrs-, Dienstleistungs- und Industriepolitik eröffnet der europäischen und insbesondere der deutschen Wirtschaft die Chance, ihre derzeitige globale Führungsrolle in der Umweltschutztechnologie auch langfristig zu erhalten und auszubauen.

Dadurch werden hierzulande zahlreiche qualifizierte Arbeitsplätze erhalten und neu geschaffen.

ver.di unterstützt insbesondere das Ziel des Europäischen Rates vom März 2007, die Treibhausgasemissionen bis 2020 gegenüber 1990 um 20 Prozent zu reduzieren, dieses Ziel aber auf 30 Prozent zu erhöhen, wenn die anderen Industriestaaten und die großen Schwellenländer China, Indien oder Brasilien ebenfalls geeignete Maßnahmen ergreifen. Allen voran sind die USA als bei weitem größter globaler Emittent von Treibhausgasen gefordert, ihren Widerstand gegen wirksame und verbindliche Vereinbarungen zum Klimaschutz endlich aufzugeben. Unter der Voraussetzung, dass ein wirksames globales Klimaschutzprogramm mit fairer Lastenverteilung zwischen den globalen Hauptemittenten zustande kommt, fordert ver.di, dass sich die Bundesrepublik Deutschland als wichtigste EU-Ökonomie verpflichtet, bis 2020 seine Treibhausgasemissionen um 40 Prozent gegenüber 1990 zu reduzieren.

Wirksamer Klimaschutz erfordert große Anstrengungen. Die Belastungen müssen nach dem Verursacherprinzip verteilt werden. Alle Verursacher werden schrittweise so einbezogen, dass die nicht gedeckten Klima-, Umwelt-, Gesundheits- und Sicherheitskosten – so genannte externe Kosten - ausreichend internalisiert werden. Notwendig ist ein konsistentes und optimiertes politisches Maßnahmenpaket, das alle Emittenten von Treibhausgasen angemessen an dem Reduktionsziel beteiligt, insbesondere die Bereiche Energie, industrielle Erzeugung, Verkehr, Haushalte und Landwirtschaft. Die Kosten des Klimaschutzes müssen sozial ausgewogen und der Leistungsfähigkeit entsprechend verteilt werden. Um den notwendigen klimapolitisch motivierten Strukturwandel sozialverträglich zu bewältigen, müssen umweltpolitische und soziale Ziele Hand in Hand gehen.

Die EU hat den Emissionshandel und damit der Steuerung über die Preise als zentrales Instrument zur Erreichung der angestrebten Ziele den Vorzug gegeben. Der Emissionshandel kann die in ihn gesetzten Erwartungen jedoch nur erfüllen, wenn es gelingt, nach 2012 die Emissionsminderungsziele anspruchsvoll zu gestalten und weitere geeignete Emittenten von Treibhausgasen einzubeziehen, insbesondere die Industrie und den Verkehr. Dabei muss eine Gefährdung von Arbeitsplätzen vermieden werden. Die Ausdehnung des Emissionshandels auf die anderen Industriestaaten und die großen Schwellenländer ist seitens der EU aktiv zu betreiben. ver.di fordert zudem, das global wirksame Instrument des Emissionshandels durch spezifisch wirksame fiskal-, ordnungs- und förderpolitische Maßnahmen stärker als bisher zu unterstützen.

Die deutsche Industrie muss Innovationsmotor für Energieeffizienz entlang der gesamten Umwandlungskette und für neue Technologien werden. Nur so kann das ehrgeizige Ziel der Bundesregierung, die Energieeffizienz in der Bundesrepublik Deutschland bis 2020 zu verdoppeln, erreicht werden.

ver.di fordert, dass die vorhandenen technologischen Potenziale energisch, offensiv und vorbildgebend genutzt und gefördert werden, um durch Steigerung der Effizienz bei Erzeugung, Umwandlung und Endnutzung durch Energiesparmaßnahmen sowie durch die verstärkte Nutzung von erneuerbaren Energien (Wind-, Wasser- und Sonnenkraft, Biomassenutzung und Geothermie sowie langfristig damit kombiniert Wasserstofftechnologie) Treibhausgas-Emissionen und zugleich die Abhängigkeit von Öl, Gas und Kohle zu reduzieren. Das Ziel des EU-Rates vom März 2007, den Anteil der erneuerbaren Energien an der gesamten Energieerzeugung bis 2020 auf 20 Prozent und der Biokraftstoffe auf 10 Prozent der Kraftstoffe zu steigern, muss nach Ansicht von ver.di auch für die Bundesrepublik Deutschland erreicht werden. Die Nutzung von Biomasse für Mobilität, Wärme und Energie muss ökologisch verträglich erfolgen und darf weder den Bestand der Wälder, noch die weltweite Ernährung gefährden. Forschung und Entwicklung sind zu fördern, insbesondere um die Markteinführung der erneuerbaren Energien und der Brennstoffzelle schneller voran zu bringen und geeignete Speichersysteme für dezentral erzeugten Strom zu entwickeln. Das erneuerbare Energiengesetz ist entsprechend fortzuentwickeln und durch ein Gesetz zur Förderung erneuerbarer Energien im Wärmebereich zu ergänzen. Es ist ein Energieeffizienzfonds für die Bereiche Energie und Transport einzurichten, der durch die erwirkten Emissionseinsparungen mittel- und langfristig zu einer Senkung des Energieeinsatzes und der klimarelevanten Emissionen führt.

ver.di trägt den Konsens zwischen Bundesregierung und Energiewirtschaft zur Kernenergie, wie er im Atomgesetz fixiert ist, mit. Durch Kraftwerkserneuerung und den politisch beschlossenen Kernenergieausstieg muss bis 2020 mehr als die Hälfte des deutschen Kraftwerksparks ersetzt werden. Dies bietet eine große Chance zur Reduzierung der Treibhausgase, weil effizienzoptimierte Anlagen Altanlagen mit vergleichsweise hohen Emissionen ersetzen. Ziel von ver.di ist eine durchgreifende Weiterentwicklung und Modernisierung des heimischen Erzeugungsmix. Heimische Energieträger haben dabei aus Gründen der Senkung der Importabhängigkeit Vorrang. Dazu gehört neben den erneuerbaren Energien und der Energieeffizienz auch die Braunkohle. Alle neuerrichteten Kraftwerke (fossile wie erneuerbare) müssen optimale Wirkungsgrade erreichen und wenn immer möglich in Kraft-Wärme/Kälte- Kopplung (KWK) errichtet werden. Bis 2020 muss der Anteil der KWK an der Stromerzeugung von heute 10 auf 20 Prozent verdoppelt werden. Dies ist nur zu erreichen, wenn unverzüglich ein Gesetz zur Förderung neuer KWK-Anlagen verabschiedet wird.

Mehr als 20 Prozent der Treibhausgasemissionen in der Bundesrepublik Deutschland steuert der Verkehr bei, bis vor kurzem noch mit steigenden Emissionen.

Hauptansatzpunkte für die Verringerung der verkehrsbedingten Klimaemissionen sind die Vermeidung von Verkehr, die Verlagerung auf klimafreundlichere Verkehrsträger, die Effizienzsteigerung jedes einzelnen Verkehrsträgers durch Verbrauchsreduktion, der Einsatz klima- und umweltfreundlicher Kraftstoffe und Antriebstechnologien sowie eine Verstärkung der Verknüpfung der Verkehrsträger.

Die Verkehrsträger Schiene und Schifffahrt sowie der öffentliche Personenverkehr (ÖPV) sind auf Grund ihrer Klima- und Umweltvorteile als strategisch wichtige Verkehrsträger zu fördern. Eine im vollständigen öffentlichen Eigentum stehende Deutsche Bahn AG muss dabei das Rückgrat des Verkehrssystems Schiene in der Bundesrepublik Deutschland bilden. Die Finanzierung der Erhaltung und des Ausbaus der hierfür notwendigen Verkehrsinfrastruktur sowie die Förderung der Verkehrsleistung im ÖPV sind auf eine verlässliche und ausreichende Grundlage zu stellen. Dabei ist den höheren Kosten für den Einsatz von emissionsfreien Fahrzeugen – so genannten "zero-Emission-vehicles" - Rechnung zu tragen. Für die Schiene sind die Trassenpreise auf das in der Europäischen Union übliche Grenzkostenniveau zu senken sowie der Aufbau eines eigenen Schienennetzes für den Schienengüterverkehr zu verwirklichen. Zudem ist der Anteil der Schiene und des ÖPV durch eine angebots- und kundenorientierte Politik ähnlich wie in der Schweiz zu steigern. Der ÖPV ist stärker als bisher zur vollwertigen Alternative des motorisierten Individualverkehrs auszubauen und durch geeignete Rahmensetzung zu fördern.

Für den Lkw-Verkehr ist bis 2008 eine Berechnungsweise zur Anrechnung der externen Kosten auf europäischer Ebene zu entwickeln. Auf nationaler Ebene sind die Möglichkeiten der novellierten EU-Eurovignetten-Richtlinie stufenweise umzusetzen. Dies bedeutet, dass nicht nur wie bisher Fahrzeuge mit einem zulässigen Gesamtgewicht ab 12 Tonnen, sondern ab 3,5 Tonnen in die Mautpflicht einbezogen werden. Die Lkw-Maut ist nicht nur auf Bundesautobahnen, sondern ebenfalls auf Bundesstraßen zu erheben. Die verkehrslenkende Wirkung der Lkw-Maut ist zu steigern. Die Erlöse aus der Lkw-Maut müssen auch dazu dienen, soziale Ausgleichsmaßnahmen zu finanzieren. Die Bemühungen um die Durchsetzung sozialer und qualifikatorischer Standards im Straßengüterverkehr sind zu verstärken. Die Einführung neuer größerer Transportfahrzeuge mit einem zulässigen Gesamtgewicht von bis zu 60 Tonnen und einer Gesamtlänge von bis zu 25 Metern lehnt ver.di wegen der zu befürchtenden Verkehrsverlagerungen von der Schiene auf die Straße mit einhergehenden negativen Klimaauswirkungen sowie wegen erheblicher Bedenken in Bezug auf die Verkehrssicherheit und die Erhöhung der Arbeitsbelastung der betroffenen Fahrerinnen und Fahrer ab.

Verbindliche Grenzwerte nach dem Stand der Technik für den spezifischen Kohlendioxidausstoß von Fahrzeugen sind zu erlassen – die von der EU geforderte Begrenzung der CO₂-Emissionen der Pkw auf 120 Gramm pro Kilometer bis 2012 ist unbedingt einzuhalten. Die Einführung eines Tempolimits auf deutschen Autobahnen ist im Zuge einer europäischen Harmonisierung zu prüfen.

Die klimarelevanten Emissionen des Luftverkehrs sind auf Grund des starken Wachstums der Flugbewegungen zukünftig zu begrenzen. ver.di begrüßt prinzipiell die von der EU-Kommission angestrebte Einbeziehung des Luftverkehrs in den Emissionshandel. Dabei müssen anspruchsvolle und zugleich realistische Emissionsziele gesetzt werden. Der Aufbau eines eigenen Emissionshandelssystems ist auf Grund der Bedeutung anderer klimarelevanter Gase sowie der möglichen höheren Klimarelevanz durch die Bildung von Kondensstreifen zu prüfen. Ziel muss ebenfalls die weltweite Erhebung einer Kerosinsteuer sein, wobei Zwischenschritte, zum Beispiel eine europäische Lösung, zu prüfen sind. Der Luftverkehr innerhalb der Bundesrepublik Deutschland und in angrenzende europäische Gebiete sollte von gesamtwirtschaftlich einschließlich sozialer und umweltpolitischer Kriterien günstigen Verkehrsträger bewältigt werden.

Soweit dies nicht der Luftverkehr ist, muss eine Verlagerung stattfinden. Hierzu sind die Voraussetzungen bei der Angebotsqualität zu schaffen. Auf Grund des absoluten Umfanges der Seeschifffahrt am EU-Außen- und Binnenhandel, der bei wachsendem Welthandel noch weiter ansteigen wird, sind die durch die Schifffahrtsindustrie produzierten CO₂- und SO₂-Emissionen klimarelevant. Daher sind Maßnahmen notwendig, die die Luft-Emissionen durch Schiffsmotoren verringern. Die von der Internationalen Seeschifffahrts-Organisation (IMO) vorgeschlagene Einführung einer Geschwindigkeitsbegrenzung mit dem Ziel die Emissionen des klimarelevanten CO₂ zu reduzieren, sind zu unterstützen. Darüber hinaus sind die Pläne der EU-Kommission, dass Seeschiffe künftig CO₂-Zertifikate vorweisen müssen, wenn sie einen EU-Hafen anlaufen wollen, ebenfalls zu unterstützen. Langfristig ist ein Clean-Ship-Konzept mit dem Ziel der Entwicklung von umweltfreundlicheren Schiffen umzusetzen. Besonders in den Mittelpunkt zu stellen, sind bei der Verwendung des schadstoffreichen Schweröls niedrigere Grenzwerte für die Schwefel- und Stickoxid-Emissionen. Ebenso sind emissionsreduzierende Lösungsansätze wie zum Beispiel die landseitige Energieversorgung von Schiffen während der Hafenziegezeit zu fördern. Die Bundesländer sind aufgefordert, durch die einheitliche Erhebung von klima- und schadstoffbezogenen Hafengebühren einen Anreiz zur Emissionsminderung, zum Beispiel durch ein Bonus- Malus-System, zu schaffen. Die Bund-Länder-Arbeitsgemeinschaft Emissionshandel soll sich mit entsprechenden Vorschlägen für Hafengebühren und dem Vorschlag der EU-Kommission, Schifffahrtsunternehmen in das Emissionshandelssystem (ETS) aufzunehmen, befassen. Denkbar wäre ein Programm der Bundesregierung zur schrittweisen Erreichung der Klimaziele in der maritimen Wirtschaft, in das die oben genannte Punkte mit einfließen.

Der Bundesvorstand wird beauftragt, gemeinsam mit anderen Gewerkschaften, Wissenschaftlerinnen/Wissenschaftlern und weiteren Verbündeten Vorschläge für ein sozialverträgliches und beschäftigungswirksames Investitionsprogramm zum vorsorgenden Klimaschutz zu entwickeln und durchzusetzen.

Klimaschutz ist nicht nur Angelegenheit der Industrie. Jede und jeder einzelne ist gefordert, sei es beim Kauf energieeffizienter Geräte oder eines Autos, bei der Wärmedämmung seiner Wohnung oder seines Hauses, beim Lüftungsverhalten oder bei der Entscheidung, eine Reise durchzuführen bzw. bei der Wahl des jeweils geeigneten Verkehrsmittels.

ver.di fordert alle Menschen auf, durch verantwortungsvolles Konsumverhalten Energiesparen, Energieeffizienz und Erneuerbare Energien voranzubringen.

Angenommen

G 002 Landesbezirkskonferenz Berlin/Brandenburg

Klimawandel

- Die Landesregierungen und die Bundesregierung werden aufgefordert, Maßnahmen zum Klimaschutz im Land umzusetzen und anzupacken
 - Wasserhaushalt;
 - Forst- und Landwirtschaft
 - Energiewirtschaft.
- dass der Bundesvorstand und der Bundeskongress aufgefordert werden sich dafür einzusetzen, dass das Kyoto-Protokoll in einem Folgeabkommen fortgesetzt wird. Mit diesem Folgeabkommen soll die von Experten bis zum Jahr 2025 weltweit geforderten Verminderung des Kohlendioxidausstoßes um 40 Prozent im Verhältnis zu 1990 erreicht werden
- dass Mitglieder, die ver.di in Gremien oder der Öffentlichkeit vertreten, bei der Entscheidungsfindung oder öffentlichen Darstellung neben den gesellschafts-, arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Aspekten auch die umweltpolitischen Rahmenbedingungen und Auswirkungen zu berücksichtigen haben.

Angenommen als Arbeitsmaterial zu Antrag G 001

Die Klimakatastrophe abwenden!

Für wirksamen Klimaschutz! Keine Verlängerung der Laufzeit von Kohle- oder Atomkraftwerke – und erst recht keine neuen!

Ohne eine deutlich bessere Klimaschutzpolitik sind auf mittlere Sicht unsere Arbeits- und Lebensbedingungen bedroht. Intakte klimatische Lebensbedingungen sind nicht alles, aber ohne sie ist alles nicht!

Deswegen ist Klimaschutz ein existenzielles gewerkschaftliches Anliegen! Unzureichender Klimaschutz wird nach Angaben des UNO-Ausschusses für Klimaveränderungen (IPCC) zu einer stärkeren Erwärmung der Erde führen. Die globale Erwärmung hat gravierendere Ausmaße als bisher vermutet. Das IPCC hat den projizierten Anstieg der oberflächennahen Weltmitteltemperatur erneut deutlich nach oben korrigiert. Der Treibhauseffekt hat sein Tempo deutlich beschleunigt. Menschliches Handeln ist Mitschuld an großräumigen, möglicherweise unumkehrbaren Veränderungen im System der Erde mit existenziellen Bedrohungen für Millionen von Menschen in vielen Teilen des Planeten. Stärker noch als wir sind die Menschen, sind unsere Kolleginnen und Kollegen in den Entwicklungsländern von den erwarteten negativen Auswirkungen bedroht.

Der frühere Chefökonom der Weltbank Nikolas Stern, sieht eine schwere Erschütterung der Weltwirtschaft auf uns zurollen, wenn vorsorgender Klimaschutz unterbleibt, eine Erschütterung, die nur vergleichbar wäre mit den Folgen der beiden Weltkriege des letzten Jahrhunderts. Die Kosten eines unterlassenen oder ungenügenden Klimaschutzes werden die Kosten der Klimavorsorge um ein Vielfaches überschreiten. Die Befunde des wissenschaftlichen Beirats für globale Umweltveränderungen über den Zustand unserer Meere und der UN-Millennium Report über die Gefährdung der Ökosysteme und der biologischen Vielfalt kommen zu ähnlichen Ergebnissen. Wir alle kennen bereits die Vorboten und Elemente des Klimawandels. Abschmelzende Gletscher, zerstörerische Stürme und Hochwasser mit Überschwemmungen bedrohen immer stärker auch in Europa die Lebensbedingungen.

Es ist Aufgabe der Politik, alles dafür zu tun, die Auswirkungen des Klimawandels zu begrenzen. Wir vermissen eine ehrgeizige Vorreiterrolle der Europäischen Union und sehen eine Kluft zwischen den umweltpolitischen Versprechen und dem tatsächlichen Handeln der Bundesregierung. Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in den vom notwendigen Strukturwandel betroffenen Bereichen tragen nicht die Verantwortung für energiepolitische Fehlentwicklungen und Fehlentscheidungen. ver.di erwartet und wird dafür kämpfen, dass der Strukturwandel nicht zu Lasten der betroffenen Beschäftigten geht.

ver.di fordert die Bundesregierung auf, ihre Erklärungen zum Kyoto-Protokoll tatsächlich einzuhalten und die Emissionen bis 2012 um mindestens 21 Prozent zu senken. Wir betrachten diese Ziele zur Reduzierung der Emissionen von Treibhausgasen als einen sehr bescheidenen Kompromiss. Der Klimawandel wird nur dann beherrschbar bleiben, wenn die durchschnittliche Temperaturerhöhung unter zwei Grad Celsius gehalten werden kann.

Die dazu gebotene Reduktion der globalen Emissionen von Treibhausgasen auf 50 Prozent bis 2050 bedarf eines klugen Timings und institutioneller Innovation. Das bedeutet auf jeden Fall, dass ab 2012 mehr Staaten in die Reduzierungsverpflichtung einbezogen werden müssen, ganz besonders die wirtschaftlich expandierenden Schwellenländer wie Brasilien, China und Indien.

ver.di fordert, dass die vorhandenen technologischen Potenziale in Europa energisch, offensiv und vorbildgebend genutzt und gefördert werden, um durch Energiesparmaßnahmen sowie die verstärkte Nutzung von Wind-, Wasser- und Sonnenkraft Treibhausgas-Emissionen und zugleich die Abhängigkeit von Öl, Gas und Kohle zu reduzieren. Eine Nutzung von Biomasse für Mobilität, Wärme, und Energie darf weder den Bestand der Wälder, noch die weltweite Ernährung gefährden.

Auch einen Wiedereinstieg in die Atomenergienutzung wie auch die Verlängerung der Laufzeiten von Kernkraftwerken lehnt ver.di kategorisch ab. Die Risiken, die zum gesellschaftlich konsensualen Ausstieg aus der Atomwirtschaft geführt haben, bestehen weiter. Der Betrieb von Atomkraftwerken ist weiterhin hoch riskant, wie viele Störfälle auch nach Tschernobyl zeigen. Die Endlagerungsfrage ist weiterhin ungelöst. Und Konflikte um das iranische Atomprogramm sowie die immer wieder befürchtete Proliferation in terroristische Hände zeigen, wie verantwortungslos die Versuche des Ausstiegs aus dem Ausstieg aus der Atomwirtschaft sind.

ver.di fordert verbindliche europäische Emissionsgrenzwerte im Verkehrsbereich und eine dauerhafte Förderung des öffentlichen Personennahverkehrs und anderer umweltfreundlicher Verkehrssysteme.

Der Bundesvorstand wird beauftragt, gemeinsam mit anderen Gewerkschaften, Wissenschaftlerinnen/Wissenschaftlern und weiteren Verbündeten Vorschläge in diesem Sinne für ein sozialverträgliches und be-

schäftigungswirksames Umsteuerungs- und Investitionsprogramm zum vorsorgenden Klimaschutz zu entwickeln und durchzusetzen.

Wir fordern, dass die notwendigen Treibhausgas- Reduktionsverpflichtungen nicht einseitig von den Haushalten und Kleinverbrauchern erbracht werden. Die Kosten des Klimaschutzes müssen sozial ausgewogen verteilt werden.

Diese Forderung richten wir auch an uns selbst und an ver.di als Organisation. Der Bundesvorstand wird beauftragt, innerorganisatorische Maßnahmen zu entwickeln und umzusetzen, die umweltbelastenden Ressourcenverbrauch deutlich reduzieren. Gerade bei Umwelt- und Klimafragen gilt: Nur wer glaubwürdig ist, kann politisch wirksam eingreifen!

Angenommen als Arbeitsmaterial zu Antrag G 001

G 004 Landesbezirkskonferenz Berlin/Brandenburg

Ausstieg aus der Nutzung von Atomenergie

ver.di fordert ohne Wenn und Aber den schnellstmöglichen Ausstieg, mindestens aber die Einhaltung des Fahrplans zum Ausstieg aus der Nutzung der Atomenergie. ver.di setzt sich aus umweltpolitischen, wirtschaftspolitischen sowie gesellschaftspolitischen Gründen für die Förderung und den Einsatz erneuerbarer Energien ein und erteilt einem Rückfall ins Atomzeitalter eine klare Absage.

Angenommen

G 005 Bundesfachbereichskonferenz 7

Ausstieg aus der Nutzung von Atomenergie

ver.di fordert ohne Wenn und Aber den schnellstmöglichen Ausstieg aus der Nutzung der Atomenergie.

ver.di setzt sich aus umweltpolitischen, wirtschaftspolitischen sowie gesellschaftspolitischen Gründen für die Förderung und den Einsatz erneuerbarer Energien ein und erteilt einem Rückfall ins Atomzeitalter eine klare Absage.

Angenommen als Arbeitsmaterial zu Antrag G 004

G 006 Landesbezirkskonferenz Niedersachsen-Bremen

ver.di hält am Atomausstieg fest

ver.di fordert die Bundesregierung auf, in Verantwortung für den gesundheitlichen Schutz der Menschen sowie den Erhalt von Umwelt und Natur an dem im Konsensvertrag zur Nutzung der Atomenergie beschlossenen Atomausstieg festzuhalten. Die Delegierten der 2. ordentlichen Landesbezirkskonferenz in Niedersachsen-Bremen stellen darüber hinaus fest, dass auf Grund wissenschaftlicher Erkenntnisse der Salzstock Gorleben und der Schacht Konrad in Salzgitter als Atommüll-Endlager ungeeignet sind.

ver.di fordert deshalb die Bundesregierung auf, einen geeigneten alternativen Standort für ein Endlager für abgebrannte Brennelemente in der Bundesrepublik Deutschland zu suchen.

Für Asse II fordert ver.di von der Bundesregierung einen Optionsvergleich mit Risikoanalyse. Falls keine Einlagerung ohne Sicherheitsrisiko möglich ist, sollte der Atommüll wieder aus dem Asseschacht herausgeholt werden.

Angenommen als Arbeitsmaterial zu Antrag G 004

Klimakonferenz

Der Bundesvorstand wird aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass das Kyoto-Protokoll in einem Folgeabkommen fortgesetzt wird. Mit diesem Folgeabkommen soll die von Experten bis zum Jahr 2025 weltweit geforderten Verminderung des Kohlendioxidausstoßes um 40 Prozent im Verhältnis zu 1990 erreicht werden.

Angenommen